

Pragmatisch.

Nachhaltig.

Stark.

Perspektiven aus Unternehmen für:

- > Transformation
- > Investitionen
- > Energiewende
- > Bürokratieabbau
- > Arbeitskräfte

## Inhalt

Vorbemerkung – 3

Perspektiven aus Unternehmen: Grundlagen des White Paper – 5

### 1. Den Umbau gemeinsam gestalten – 6

Ordnungspolitik mit Pragmatismus – 6

Lastenausgleich von Anfang an mitdenken – 7

Spielraum im internationalen Wettbewerb – 7

Freihandelsabkommen Mercosur abschließen – 8

Was tun? – 9

### 2. Investitionsanreize setzen – 11

Verlässliche Rahmenbedingungen – 11

Abschreibungen und Investitionsprämien – 12

Grüne Leitmärkte als Beschleuniger – 13

Elektromobilität unterstützen – 13

Kreislaufwirtschaft ausbauen – 14

Infrastruktur stärken – 15

Forschung in die Praxis – auch bei Agrar-Biotech – 15

Technologien als Chance – 16

Was tun? – 17

### 3. Digitalisierung ausbauen – 19

Umgehender Netzausbau – 19

Digitale Souveränität stärken – 19

KI chancenorientiert fördern – 20

Datenschutz offener denken – 20

Was tun? – 21

### 4. Die Energiewende managen – 23

Vom Brückenstrompreis zum Gesamtpaket – 23

CO<sub>2</sub>-neutraler Wasserstoff – 24

Negative Emissionen durch CCS – 25

Pioniere bei Risiken unterstützen – 25

Wasserstoff im Flugverkehr – 26

Flexibles und sicheres Stromnetz – 26

Eigenstromerzeugung erleichtern – 27

Was tun? – 28

### 5. Bürokratie abbauen – 30

Innovativ entbürokratisieren – 30

Lieferkettensorgfaltsgesetz überprüfen – 31

Handlungsbedarf bei Steuern und Prüfung – 32

Was tun? – 33

### 6. Arbeitskräfte sichern – 35

Migration nutzen – 35

Karrierechancen von Frauen erhöhen – 36

Bildungsniveau steigern – 36

Was tun? – 37

Einladung zur Diskussion – 39

# Vorbemerkung

**Pragmatisch. Nachhaltig. Stark.** So kann Industrie, so kann Industriepolitik in Deutschland funktionieren. Wir zeigen hier Perspektiven aus Unternehmen auf, Perspektiven für die Politik. Dazu gehören auch konkrete Vorschläge, die wir zur Diskussion stellen möchten. Es ist ein Beitrag zum Austausch zwischen Wirtschaft und Politik, der in unserer von multiplen Krisen geprägten Zeit – Klima, Energie, Geopolitik – eine neue Dringlichkeit hat. Wir sehen Wirtschaft und Politik gemeinsam in der Verantwortung, jede auf ihre Art und im Dialog miteinander, unser Land zukunftsfest zu machen. Dafür muss Deutschland ein Industriestandort sein und bleiben.

Das Ziel steht – wir wollen wettbewerbsfähig klimaneutral sein. Die Wege zum Ziel müssen wir bereden, ausprobieren, anpassen. Und dann: wirklich rasch losgehen.

**Pragmatisch:** Wirtschaft und Politik sollten nicht den Anspruch der Perfektion stellen. Gute Regulierung setzt aus unserer Sicht nicht darauf, 100 Prozent zu erreichen – sondern manchmal auch 90 oder 80 Prozent. Denn die letzten 10-20 Prozent machen beiden Seiten viel Aufwand, und die zusätzliche Wirkung ist oft gering. Dafür braucht es von beiden Seiten die Bereitschaft, auch mal Fehler zu verzeihen. Praxis-Checks und Reallabore, mit denen hier und da bereits experimentiert wird, helfen. Alles, was angesichts vieler unvermeidbaren Unsicherheiten in der Welt zumindest regulatorisch die Planbarkeit für unsere Industrie erleichtert, hilft. Und es hilft auf beiden Seiten: Offenheit für die Sichtweisen des anderen.

**Nachhaltig:** Damit unsere Industrie auch morgen erfolgreich ist, müssen wir bis 2045 klimaneutral werden, die Natur schonen, auch immer mehr Rohstoffe im Kreislauf führen. Das ist der gesellschaftliche Auftrag, die völkerrechtliche Bindung, und angesichts wachsender Krisen ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Umgekehrt müssen Unternehmen erfolgreich sein können, also wettbewerbsfähig im Hier und Jetzt, um die Herausforderung der Nachhaltigkeit zu bewältigen. Dafür brauchen sie die richtigen Rahmenbedingungen. Die Klarheit, dass die gesetzten Nachhaltigkeitsziele wirklich gelten und keine politische Spielmasse sind. Und Flexibilität der Wege zu den Zielen, um Hindernisse zu umgehen.

**Stark:** Die Themen für eine wettbewerbsfähige Industrie sind die Themen dieses White Paper, und sie liegen auf der Hand – Transformation, Investitionen, Digitalisierung, Energiewende, Bürokratieabbau, Arbeitskräfte. Dass die Themen bekannt sind, macht sie aber nicht weniger relevant, im Gegenteil. Wir müssen sie gemeinsam anpacken. Nur eine starke Wirtschaft schafft die Transformation. Die deutsche Industrie, der Standort Deutschland, ist stark. Diese Stärke müssen wir aber im internationalen Vergleich weiter ausbauen.

Einfach ist das nicht, klar. Aber ein paar Impulse versuchen wir hier zu geben. Und mehr Impulse entstehen aus dem Austausch, den wir damit anregen wollen. Deutschland braucht eine industriepolitische Strategie.

Wir bieten Perspektiven aus Unternehmen an. Dieses White Paper bündelt für die Industriepolitik Stimmen von Führungskräften, Stimmen aus der betrieblichen Praxis, als Synthese. Damit unterscheidet sich das White Paper von wissenschaftlichen oder politischen Papieren. Es bietet Impulse wirklich aus der Wirtschaft.

**Wir freuen uns auf die Diskussion!**



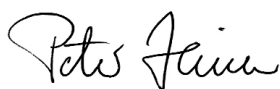
HEIKE DISCHER, VORSTANDSVORSITZENDE



THOMAS FISCHER, VORSTANDSVORSITZENDER



TATIANA OHM, STELLVERTRETENDE VORSTANDSVORSITZENDE



PETER HEINE, SCHATZMEISTER



VOLKER RATZMANN, VORSTAND

# *Perspektiven* aus Unternehmen: Grundlagen des White Paper

Grundlage dieses White Papers sind zum einen Interviews mit sieben Vorständen und Geschäftsführer\*innen von Industrie-Unternehmen aus der Wirtschaftsvereinigung der Grünen. Grundlage sind zum anderen Gruppendiskussionen der Synthese dieser Interviews, die offen waren für alle Mitglieder der Organisation. Beides wurde in dem vorliegenden Text verdichtet. Die Interviewten sind also eine wichtige Quelle, sie sind aber in keiner Weise verantwortlich für das Gesamtprodukt. Das White Paper ist Ergebnis eines intensiven, mehrstufigen Austauschs vielfältiger Akteure aus der Wirtschaft in unserer Organisation.

## Wir danken für die Interviews:

- > **Wolfgang Bach**, Chief Financial Officer/Geschäftsführer, Ejoyt
- > **Matthias Breimhorst**, Chief Sales Officer, Felix Schoeller Group
- > **Gunnar Groebler**, Vorstandsvorsitzender, Salzgitter AG
- > **Andreas Hettich**, Beiratsvorsitzender und Mehrheitseigentümer, Hettich Gruppe
- > **Markus Ochsner**, Chief Executive Officer, ABB Deutschland
- > **Katharina Roehrig**, Mitglied der Geschäftsführung der Melitta Gruppe
- > **Daniel Steiners**, Geschäftsführer, Bayer Vital

Die Interviews und ihre Synthese sowie die Diskussionssynthese wurden von den freien Journalisten Bettina Dornberg und Christoph Berdi durchgeführt, zusammen mit dem Team der Geschäftsstelle der Wirtschaftsvereinigung. Allen Beteiligten vielen Dank. Verantwortlich zeichnet der Vorstand der Wirtschaftsvereinigung der Grünen.

# 1. Den Umbau gemeinsam gestalten



Die in der Wirtschaftsvereinigung der Grünen organisierten Unternehmen teilen ein starkes Gefühl der Verantwortung für künftige Generationen. Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit stehen nicht im Widerspruch, sondern bedingen einander. Deutschland und Europa haben sich für den großen Umbau zur Klimaneutralität entschlossen, die Transformation unserer Wirtschaft, damit das gemeinsame Haus zukunftsfest ist. Der systemische Wandel verlangt nach Strategie und Zielbildern, auf die sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam hin bewegen. Gefragt sind anschlussfähige politische Konzepte und Entscheidungen, die einerseits die Menschen mitnehmen und dazu beitragen, dass Freiheit und Demokratie sowie Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit nicht von Ängsten überlagert werden, sondern Veränderung als Erfolg erfahrbar wird. Und die andererseits in der betrieblichen Praxis auch umsetzbar sind und die Wettbewerbsfähigkeit sichern.

## >> Ordnungspolitik mit Pragmatismus

Die Transformationsthemen des 21. Jahrhunderts stellen die Menschen und die Betriebe vor große Herausforderungen. Wie die Veränderungsprozesse von Politik und Unternehmen gestaltet werden, ist daher mitentscheidend für den Erfolg von Gesellschaft und Wirtschaft. Den Unternehmen ist an einer pragmatisch betriebenen Ordnungspolitik gelegen, die Ziele und Rahmen setzt und ihnen gleichzeitig genügend Freiraum lässt, individuelle und wirtschaftlich darstellbare Wege der Umsetzung zu finden, und die nicht in betriebliche Prozesse eingreift. Sie benötigen genügend Spielraum für Zwischenschritte, Korrekturen und Alternativen. Politik und Unternehmen müssen beide auch Lösungen akzeptieren, die 90 oder 80 Prozent eines Ziels erfüllen. Und beide sollten Fehler als wechselseitige Lernchancen sehen, auf dem gemeinsamen Weg. Dabei geht es auch um Vertrauen.

Über Kosten und Aufwand der Transformation sollte früh und offen gesprochen werden. In der aktuell rezessiven, von hohen Energiekosten und Verschiebungen im internationalen Wettbewerb geprägten Wirtschaftslage stellt es für Unternehmen eine starke Belastung dar, die personellen und fachlichen Ressourcen für alle Vorhaben gleichzeitig

*Politik und Unternehmen müssen beide auch Lösungen akzeptieren, die 90 oder 80 Prozent eines Ziels erfüllen.*



## 1. Den Umbau gemeinsam gestalten

bereitzustellen. Obgleich die Zeit beim Umbau zu einer klimaneutralen und die natürlichen Ressourcen schonenden Wirtschaft drängt, spricht viel dafür, Transformationsvorhaben der kommenden Jahre mit Meilensteinen zu versehen und in gestaffelten Zeitkorridoren zu organisieren. Nicht verschieben, sondern in Aufgabenpakete zu teilen, die gut tragbar sind.

Die Unternehmen ermuntern Politik dazu, zügig Entscheidungen zu treffen – auch unbequeme und solche, die nicht zu hundert Prozent abgesichert werden können. Geschwindigkeit ist ein ökonomischer Wert an sich. Zögerlichkeit führt zu Bremseffekten, die große Teile der Wirtschaft – von Großunternehmen über den Mittelstand bis zum Handwerksbetrieb – verlangsamen. Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb. Und Investitionen können nur einmal getätigt werden. Leider planen viele Unternehmen aktuell, Ihre Investitionen im Ausland zu tätigen, da sie dort bessere Rahmenbedingungen und eine höhere Planbarkeit und Verlässlichkeit vorfinden. Hier muss Politik schnell handeln und eine Standortpolitik betreiben, die verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen bietet, damit in Deutschland investiert wird.

*Transformationsvorhaben sollten mit Meilensteinen versehen und in gestaffelten Zeitkorridoren organisiert werden.*

### >> Lastenausgleich von Anfang an mitdenken

Genauso wichtig ist, dass Gesetzesvorhaben ganzheitlich gedacht und ein in manchen Fällen nötiger Sozialausgleich, ein Lastenausgleich oder Anreize für die betroffenen Menschen oder Unternehmen nicht der dritte Schritt auf dem Weg zum Ziel sind, sondern der erste. Der von Missverständnissen begleitete Weg zum Gebäudeenergiegesetz zeigt, dass dies in der Eile des politischen Alltags zuweilen zu kurz kommt.

In diesem Kontext gibt die Wirtschaftsvereinigung der Grünen den Impuls, mit einem – im Vergleich zu existierenden Programmen – einfach verständlichen und zugänglichen Förder- und Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung der Gebäude im Bestand durch Dämmung, Dachsanierung, Fenster- und Türentausch den Effekt des Gebäudeenergiegesetzes zu stärken. Wichtiger Bestandteil könnte ein KfW-Programm sein, das beispielsweise mit zwei Prozent Zinsen bei Neubau und Sanierung ansetzt. So würde der schnelle Zinsanstieg, unter dem viele Unternehmen in der Bau- und Wohnungswirtschaft leiden, kompensiert.

### >> Spielraum im internationalen Wettbewerb

Die Unternehmen setzen auf eine handelsfreundliche Außenpolitik, die unsere freiheitlich-demokratischen Werte vertritt, für Menschenrechte und Umweltschutz wirbt, unser Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft schützt und gleichzeitig internationale Zu-



## 1. Den Umbau gemeinsam *gestalten*

sammenarbeit ermöglicht. Dies ist – wir wissen das – ein Spagat. Aber dieser Spagat ist notwendig in einer Welt mit globalen Märkten.

Im Kosten- und Standortwettbewerb etwa mit China und chinesischen Unternehmen wird im Sinne eines „level playing field“ mehr Chancengleichheit benötigt. Fehlende Marktzugänge, erzwungene Technologietransfers, steuerliche Ungleichbehandlung sowie die intransparente Unterstützung chinesischer Unternehmen durch die dortige Regierung und Behörden – um das Thema beispielhaft anzureißen – verzerren den Wettbewerb. Da die Ratifizierung des zwischen EU und China verhandelten Investitionsabkommens CAI in weite Ferne gerückt ist, sollten Plattformen wie die G20 oder die Welthandelsorganisation WTO genutzt werden, um weiter Gespräche über eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zu führen. Die Aussichten mögen hier ungewiss sein, aber das Thema ist von kritischer Relevanz für die Stärke des Industriestandorts Deutschland.

Die USA, die früher für eine ‚Nicht-Industriepolitik‘ und einen freien Marktansatz standen, steuern in Zeiten rascher Transformation und zunehmender geostrategischer Konkurrenz politisch nach und betreiben mit dem Inflation Reduction Act (IRA) aktive Industriepolitik. Darauf braucht es wirksame Antworten. Der IRA ermuntert europäische Unternehmen dazu, ihre Produktion in die USA zu verlagern. Ohne in einen Subventionswettbewerb mit den USA einsteigen zu wollen, unterstützen wir alle Bestrebungen mit dem Ziel, dass staatliche Beihilfen insbesondere im Feld grüner Technologien in der EU unbürokratischer bewilligt und die Möglichkeit von Förderungen ausgeweitet werden.

Dabei könnten erleichterte Abschreibungen von Investitionen, insbesondere solcher für Nachhaltigkeit, und Investitionsprämien eine Schlüsselrolle spielen. Diese sind für Unternehmen oft pragmatischer handhabbar als Förderprogramme. Bestehende politische Ansätze in dieser Richtung sollten rasch ausgebaut und auch mit den nötigen erheblichen Mitteln ausgestattet werden.

*Fehlende Marktzugänge, erzwungene Technologietransfers, steuerliche Ungleichbehandlung in China verzerren den Wettbewerb.*

## >> Freihandelsabkommen Mercosur abschließen

Freihandelsabkommen spielen für die Wirtschaft eine bedeutsame Rolle. So sollte das Mercosur-Abkommen baldmöglichst zu einem Abschluss gebracht werden; geostrategisch wie ökonomisch sind Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay – vor dem Hintergrund des systemischen Wettbewerbs mit China – wichtige Handelspartner. Wir halten es für zielführend, die Verhandlungen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz auf das Mögliche und Umsetzbare auszurichten, um nach 20 Jahren endlich zu einem Abschluss zu kommen. Aus unserer Sicht hat ein unperfektes Abkommen immer noch deutlich mehr positive Wirkung als gar kein Abkommen.





## 1. Den Umbau gemeinsam *gestalten*

Die von Russland völkerrechtswidrig angegriffene Ukraine wird – und dies hoffentlich möglichst bald – wieder friedliche Zeiten erleben und absehbar wahrscheinlich Mitglied der Europäischen Union sein. Es ist wünschenswert, bereits jetzt in eine Diskussion einzusteigen, wie die Industrie des Landes nach all der Zerstörung auf ein wettbewerbsfähiges Leistungsniveau gehoben werden kann. Bei der Westintegration der Ukraine ist ein Fokus auf Investitionen, Joint Ventures und Technologietransfers zur Stärkung des Standorts, auch zur Unterstützung bei der Diversifizierung der Handelsbeziehungen, relevant.

# Was tun?

## **DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER GRÜNEN REGT AN,**

- > die **Ordnungspolitik** unter die Prämisse „ein Ziel, mehrere Wege“ zu nachhaltiger, regenerativer Wirtschaftsweise zu stellen, und mit möglichst wenigen Eingriffen in unternehmerische Prozesse den Handlungsspielraum der Wirtschaft auf den Wegen zu diesem Ziel zu erhöhen.
- > bei den europäischen Partnern für das **Mercosur-Freihandelsabkommen** zu werben und pragmatisch auf einen raschen Abschluss hinzuarbeiten.
- > den Dialog mit der VR China über **faire Wettbewerbsbedingungen** für europäische Unternehmen weiterzuführen, und die europäischen Interessen hier mit großer Klarheit zu vertreten.
- > eine Diskussion über den **Wiederaufbau der Ukraine** zu eröffnen.
- > in der EU die Bedingungen für staatliche Beihilfen insbesondere für **grüne Technologien** zu lockern und die Möglichkeiten der Förderung auszuweiten, insbesondere mit Blick auf Abschreibungen und Investitionsprämien.
- > die kurzfristigen Chancen aus dem **EU Temporary Crisis and Transition Framework**, das bis 2025 erleichterte Beihilfen in Sektoren wie Wasserstoff, E-Mobilität oder Wind- und Solarenergie erlaubt, voll auszuschöpfen.
- > ergänzend zum Gebäudeenergiegesetz ein **KfW-Förder- und Investitionsprogramm** für Neubau und Sanierung aufzulegen.



## 1. Den Umbau gemeinsam *gestalten*

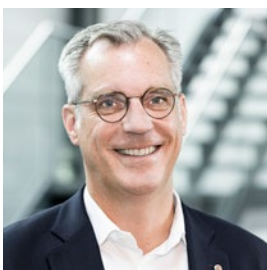
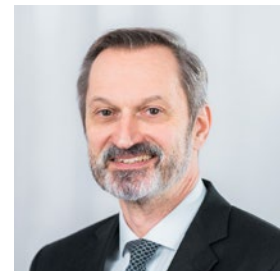


„Wir brauchen eine neue Art von Miteinander. In der Wirtschaft, in der Politik, und zwischen beiden. Die großen Herausforderungen, gerade beim Thema Nachhaltigkeit, schaffen wir nur zusammen. Das geht auch nicht allein über Vorschriften oder allein über Wettbewerb. Das geht nur über eine gemeinsame Haltung und Zusammenarbeit.“

**KATHARINA ROEHRIG,  
MITGLIED DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER MELITTA GRUPPE**

„Der Staat sollte Ziele formulieren und klare, verlässliche Leitplanken setzen, zwischen denen sich die Unternehmen aber frei bewegen können. Wir brauchen wieder mehr Vertrauen untereinander, in den ethischen Kompass von Unternehmern, in den Wettbewerb von Technologien.“

**MARKUS OCHSNER,  
CHIEF EXECUTIVE OFFICER, ABB DEUTSCHLAND**



„Die Transformation ist keine Frage des Ob, sondern nur noch eine Frage des Wie. Es ist auch nicht nur ‚Gutmenschentum‘, sondern wir sehen da auch handfeste ökonomische Vorteile. Sowohl in der Übergangszeit als auch langfristig.“

**GUNNAR GROEBLER,  
VORSTANDSVORSITZENDER, SALZGITTER AG**

## 2. Investitionsanreize *setzen*

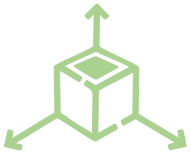


**Deutschland muss ein Industrieland sein und bleiben, und damit ein attraktiver Standort für Industrieinvestitionen und -ansiedlungen. Von der Industrie hängen unzählige Mittelständler aller Branchen ab, sie ist ein Kern der Wertschöpfung in unserem Land. International agierende Unternehmen stehen derzeit indes regelmäßig vor der Grundsatzfrage, ob sie Investitionen hierzulande oder in ihren Auslandsmärkten realisieren. Neben logistischen Erwägungen – Nähe zu Kunden, kurze Transportwege – spielen dabei die Standortfaktoren und Wachstumserwartungen in den verschiedenen Ländern und Wirtschaftsräumen eine wesentliche Rolle. Zudem werden die Unternehmen durch Schlüsselkunden, etwa in den USA, aufgefordert, in ihrem Land zu produzieren. Derzeit besteht eine reale Gefahr, dass sich Unternehmen hierzulande zunehmend auf Ersatz- und Ertüchtigungsinvestitionen beschränken, während Neuinvestitionen auf die globalen Märkte verlagert werden.**

### >> **Verlässliche Rahmenbedingungen**

Der wirksamste Anreiz für Investitionen am Standort Deutschland sind verlässliche, attraktive Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass sich die steuerlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für Investitionen in Standorte, Produktionen und Forschung im Refinanzierungszeitraum nicht verschlechtern. Gleiches gilt für künftige Auflagen, die hohe Investitionen nicht nachträglich infrage stellen dürfen.

Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, dass viele Industrien mit jahrzehntelangen Entwicklungszyklen agieren – ohne Gewissheit, wie sich ihre Märkte durch künftige Regulierungen verändern werden. Um ein Beispiel zu geben: Derzeit wird in der EU der Umgang mit sogenannten Ewigkeitschemikalien (PFAS) diskutiert. Sollten sie in der EU komplett verboten werden, könnte die chemische Industrie bestimmte Produktionsprozesse aktuell überhaupt nicht mehr durchführen. Wir schlagen für das gesamte Stoffrecht der EU deshalb vor, beim Prinzip eines wissenschaftlichen, risikobasierten Ansatzes zu bleiben und auf pauschale Stoffverbote zu verzichten.



## 2. Investitionsanreize setzen

Im Kontext der Transformation müssen wir über Kooperation innerhalb der Wirtschaft neu nachdenken. Branchenübergreifende Industriecluster und Innovationsnetzwerke können beispielsweise komplexe Wertschöpfungsstrukturen abbilden und gleichzeitig eine kollektive Lösungskompetenz fördern. Dabei sollten Start-ups aktiv eingebunden werden. Der Zugang zu Venture Capital allerdings ist in Deutschland immer noch schwieriger als etwa in den USA. So erscheint es lohnend, die parallelen Interessen der privaten Risikofinanzierung und der Finanzmarktindustrie an nachhaltigen Geschäftsmodellen auszuloten. Die zunehmende Bedeutung der ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) ist dafür ein Signal.

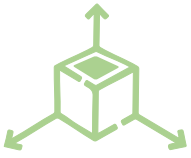
### >> Abschreibungen und Investitionsprämien

Subventionen als Investitionsanreize werden von unseren Mitgliedern differenziert betrachtet. Einerseits fokussieren Subventionen meist auf singuläre Aspekte wirtschaftlichen Handelns, greifen in unternehmerische Prozesse ein, tragen das Risiko von Fehlanreizen in sich. Und sie binden finanzielle Ressourcen, die eventuell besser dem gesamten Standort zugutekämen. Andererseits können gezielte und begrenzte Subventionen sinnvoll etwa dabei helfen, fehlende Schlüsseltechnologien an den Standort Deutschland zu holen und wichtige Lieferketten resilienter zu gestalten. Gefragt ist also ein pragmatischer Mix.

Grundsätzlich sollte jedoch stärker auf steuerbasierte Investitionsanreize sowie erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten mit kürzeren Laufzeiten gesetzt werden, insbesondere für grüne Technologien. Dies ist für viele Firmen einfacher handhabbar als aufwändige Förderprogramme. Förderprogramme mögen hoch differenziert angelegt sein, aber mit einem 100-Prozent-Anspruch passen sie vielfach nicht zur Realität in den Unternehmen. Erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten hingegen bilden den Rahmen, in dem Unternehmen frei entscheiden können, ob sie Investitionen tätigen. Abschreibungsoptionen insbesondere beim Aufbau der Energieinfrastruktur haben einen sofortigen, in der Breite wirkenden Effekt. Investitionsprämien wären eine andere, ähnliche Herangehensweise. Konkret würden auch reduzierte Ertragssteuern einen wirksamen Hebel darstellen, um Investitionen in Deutschland zu fördern.

Als ergänzendes Instrument schlagen wir eine Investitionsrisiko-Bürgschaft vor, die ähnlich funktioniert wie die Hermesdeckungen für risikoreiche Exporte. Bei einer Investitionsrisiko-Bürgschaft hilft der Staat den Unternehmen in klar definierten Bereichen, das Ausfallrisiko bei innovativen Transformationsprojekten mit einer günstigen Versicherung abzudecken.

*Branchenübergreifende Industriecluster und Innovationsnetzwerke können komplexe Wertschöpfungsstrukturen abbilden und kollektive Lösungskompetenz fördern.*



### >> Grüne Leitmärkte als Beschleuniger

Vom Staat geschaffene und geförderte Grüne Leitmärkte sind relevante Beschleuniger der Transformation. Ob durch regulatorische Maßnahmen, die für bestimmte Bereiche oder Produkte einen definierten Anteil grüner Grundstoffe festlegen, oder durch die öffentliche Beschaffung: Dadurch entstehen neue Märkte, die eine klimaneutrale Produktion über den Marktmechanismus anschieben. Das öffentliche Beschaffungswesen bietet sich dafür an, um die Nutzung und die Akzeptanz CO<sub>2</sub>-neutraler Produkte pragmatisch zu fördern. Der CO<sub>2</sub>-Footprint während der gesamten Nutzungsdauer und Aspekte der Kreislaufwirtschaft sollten bei Investitionen und Ausgaben ebenso berücksichtigt werden wie ein niedriger Preis. Dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zufolge dürfen umweltbezogene Aspekte bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots einbezogen werden; hier ist zu überprüfen, wie der Spielraum öffentlicher Vergabestellen vergrößert, die Beschaffung neu ausgerichtet und vergaberechtlich flankiert werden kann.

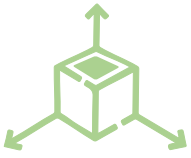
Mit der Beschaffung als grünem Leitmarkt übernimmt die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion, die sich von Büroartikeln über Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu großen Infrastrukturprojekten erstreckt. Konsequenz ist in diesem Kontext, die Infrastruktur der Energiewende als Leitmarkt zu definieren. Ausschreibungen sollten so formuliert werden, dass die eingesetzten Materialien und Produkte – man denke an den Stahl für die Windräder der großen Offshore-Windparks – zunächst nicht zu 100 Prozent aber zunehmend CO<sub>2</sub>-neutral sind.

### >> Elektromobilität unterstützen

Auch die Automobilindustrie kommt aufgrund ihrer strategischen Bedeutung für die deutsche Wirtschaft und ihrer möglichen Transformationswirkung als grüner Leitmarkt infrage. Dabei ist die Durchdringung grüner Technologien im Automotive-Sektor angesichts steigender Preisniveaus nicht allein über private Käufer\*innen zu erreichen, sondern auch über die Unternehmensflotten und Dienstwagenregelungen. Es hätte einen transformativen Effekt, die Differenz in der Dienstwagenbesteuerung zwischen Elektrofahrzeugen und Verbrennern weiter zu erhöhen. Außerdem wird so mittelfristig der Gebrauchtmärkte für E-Mobile gestärkt, womit grüne Mobilität für breitere Einkommensschichten zugänglich wird.

Dafür ist es unerlässlich, die Ladeinfrastruktur für E-Pkw wie für E-Lkw weiter zu verbessern und auszuweiten. In diesem Zusammenhang könnte eine Option sein, den Betrieb von Ladesäulen und das nächtliche Laden auf Parkplätzen des Einzelhandels zu vereinfachen und das Baurecht respektive die Lärmschutzvorgaben entsprechend

*Der CO<sub>2</sub>-Footprint während der gesamten Nutzungsdauer und Aspekte der Kreislaufwirtschaft sollten bei Investitionen und Ausgaben ebenso berücksichtigt werden wie ein niedriger Preis.*



## 2. Investitionsanreize setzen

anzupassen. Flankiert werden sollte diese Maßnahme unter anderem durch spezifische Fördermöglichkeiten und durch den Verzicht auf eine Preisobergrenze beim Ad-hoc-Laden, sodass sich der Handel über den Preiswettbewerb differenzieren und den Verbraucher\*innen günstige Preise anbieten kann.

### >> Kreislaufwirtschaft ausbauen

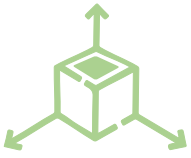
Weit über den Regelungsbereich des Kreislaufwirtschaftsgesetzes hinaus stellt die Circular Economy nicht nur ein Schlüsselprinzip nachhaltigen Wirtschaftens dar, sondern ein Entwicklungsfeld für innovative Produkte, Unternehmensprozesse und Zukunftstechnologien. Zirkuläres Wirtschaften senkt CO<sub>2</sub>-Emissionen, verringert den Bedarf an Primär- und Sekundärrohstoffen und senkt die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten.

Circular Economy beginnt damit, dass die Unternehmen bereits bei Design und Auswahl von Materialien die Wiederverwertung mitdenken. Unternehmen können ihr eigenes Portfolio so gestalten, dass sie möglichst viele Stoffe im Kreislauf halten können. Die Circular Economy wird aber vor allem unternehmens- und branchenübergreifend funktionieren. Hier liegt ein Feld für Anreize, das die deutsche Politik noch nicht ausreichend in den Fokus genommen hat. Wissenschaftliche Forschung und Pilotprojekte für mögliche Stoffkreisläufe könnten finanziell stärker unterstützt werden. In diesem Kontext ist generell über die Wiederverwertung bestimmter Stoffe nachzudenken. Etwa beim Holz sprechen wir uns für vorrangig stoffliche statt der energetischen Verwertung aus.

*Geklärt werden sollte, wo keine Sekundärrohstoffe verwendet werden dürfen, statt jeweils deren Einsatz zu prüfen. Durch diese Umkehr der Beweislast würde ein immenses Wachstums- und Innovationsfeld eröffnet.*

Grundsätzlich infrage zu stellen ist die Ausrichtung des Abfallrechts. Viele Abfälle sind in Wirklichkeit Wertstoffe im Sinne der Circular Economy. Die neue Prämisse sollte sein: Alles, was etwa bei Abrissvorhaben anfällt, gilt per se als Rohstoff. Nur Stoffe, die unverwertbar sind, werden als Abfall deklariert.

Bedenkenswert erscheint uns ebenso die Klärung, für welche Anwendungen keine Sekundärrohstoffe verwendet werden dürfen, statt jeweils deren Einsatz zu prüfen. Durch diese Umkehr der Beweislast würde ein immenses Wachstums- und Innovationsfeld eröffnet. Eine Prüfung, wo Sekundärrohstoffe eingesetzt werden können, wirkt wegen ihres Anspruchs auf Perfektion faktisch in vielen Fällen verhindernd. Eine Lösung ohne Anspruch auf Perfektion hingegen mobilisiert Potenziale. Dass hier das Problem veralteter Sicherheitsvorgaben auftritt, die oft noch aus Zeiten stammen, in denen es heute zu bewertende Materialien noch gar nicht gab, liegt auf der Hand und zeigt den weiteren Handlungsbedarf auf.



## 2. Investitionsanreize setzen

### >> Infrastruktur stärken

Die Wirtschaft leidet unter eklatanten Schwächen der Infrastruktur, die dabei ist, ihre Bedeutung als Standortvorteil Deutschlands zu verlieren. Dass mit Blick auf Brücken, Straßen, Schienennetz und auch digitalen Netzen ein Investitionsstau entstanden ist, ist offensichtlich. Die Modernisierung ist eine Aufgabe für Jahrzehnte. Hierfür braucht es ein langfristig angelegtes Programm staatlicher Investitionen, in Deutschland und Europa.

Umso wichtiger erscheint es, im Detail genau hinzuschauen, die zur Verfügung stehenden Stellschrauben zu nutzen und Fehlentwicklungen zu vermeiden. So ist es zum Beispiel für viele Unternehmen wichtig, dass der sogenannte „Einzelwagenverkehr“, bei dem Wagons mit Waren verschiedener Unternehmen zu Zügen kombiniert werden, erhalten bleibt.

Langfristig sollte die Absicht, mehr Fracht von der Straße auf die Schiene zu verlagern und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, weiter mit Nachdruck verfolgt werden. Ein Signal wäre es, die auf 45 Milliarden Euro bis zum Jahr 2027 angelegte Finanzierung des zentralen Verkehrswendeprojekts „Digitale Schiene Deutschland“ durch hinreichende Verpflichtungsermächtigungen in der Haushaltsplanung zu sichern.

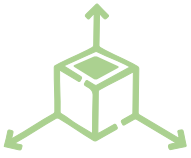
Für die Elektrifizierung des Schwerlastverkehrs auf der Straße existieren bereits Anbieter als potenzielle Vorreiter. Um das Thema schnell voranzubringen, wird vor allem an den Autobahnen eine dichte Ladeinfrastruktur benötigt, die auf die notwendigen Ladeströme im Megawattbereich ausgelegt ist. Die Skalierung der Ladeinfrastruktur für Lkw wird jedoch gehemmt, weil es zwischen einzelnen Bundesländern gravierende baurechtliche Unterschiede gibt. Eine bessere Koordination auf föderaler Ebene ist deshalb wünschenswert. Ein Mitgliedsunternehmen merkt konkret an, dass es durch unterschiedliche baurechtliche Vorgaben immer wieder in Prototypenmodelle von Ladesäulen gezwungen wird, obwohl es die Applikationen weitgehend standardisiert ausrollen könnte. Wirtschaftspolitik kann darauf hinwirken, dass für Lkw-Ladestationen Standards definiert werden, die dann bundesweit aufgestellt werden können.

### >> Forschung in die Praxis – auch bei Agrar-Biotech

Im internationalen Vergleich verfügt Deutschland nach wie vor über eine sehr leistungsfähige Grundlagenforschung. In manchen Branchen, etwa in Medizin und Pharma, ist jedoch zu beobachten, dass die Übersetzung in innovative Produkte eher im Ausland erfolgt. Bei den Entscheidungen der Unternehmen spielen die jeweiligen Standortbedingungen eine Rolle, aber trotzdem ist zu hinterfragen, ob es für die

*Hierfür braucht es ein langfristig angelegtes Programm staatlicher Investitionen, in Deutschland und Europa.*





## 2. Investitionsanreize setzen

„Translation“ von Forschungsergebnissen in erfolgsversprechende Produkte nicht neuer Plattformen und Netzwerke bedarf, um die wirtschaftlichen Potenziale der Grundlagenforschung frühzeitig zu erkennen und die Wertschöpfung hierzulande zu verankern. Der Staat kann mit Anschubfinanzierungen helfen.

Die nachhaltige Transformation der deutschen Wirtschaft wird von ihrer Fähigkeit abhängen, das Zukunftssegment „GreenTech“ auszubauen und als Markt zu gestalten. Die Grundlagen dafür werden in Wissenschaft und Forschung gelegt. Politik kann hier insbesondere auf Länderebene finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit Hochschulen Forschung und Lehre im Bereich grüne Technologien ausbauen und ihr Profil schärfen können. Dabei sollten interdisziplinäre Forschungsansätze und Entwicklungskooperationen mit Unternehmen ausreichend berücksichtigt werden – flankiert von monetären Hilfestellungen bei Ausgründungen und studentischen Start-ups, die zum Veränderungsprozess der Wirtschaft beitragen.

Desgleichen stellt sich die Frage – und es ist allen Beteiligten in der Wirtschaftsvereinigung der Grünen klar, dass es sich hier um eine kontroverse Debatte handelt –, ob mit der Gentechnologie und Grüner Biotechnologie nicht zwei bedeutende Themen im Raum stehen, die einen nuancierten Dialog verdienen. Die am Standort Deutschland im Gesundheitssektor erzielten Erfolge mit roter Biotechnologie geben dazu Anlass. Zudem warnen die Vereinten Nationen, dass die sozialen Nachhaltigkeits-Ziele der Agenda 2030 in Gefahr sind und der Hunger in der Welt als Folge des Klimawandels, kriegerischer Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen wieder zunimmt.

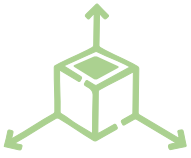
### >> Technologien als Chance

Während die Weltbevölkerung wächst und landwirtschaftliche Flächen durch die Erderwärmung bedroht werden, sind Gen- und Biotechnologie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion eine Option, die weiterhin sorgfältig, aber deutlich chancenorientierter diskutiert werden sollte. Die Aufgabe, die Produktivität pro Hektar in der globalen Landwirtschaft deutlich zu erhöhen, ohne negative Folgen für Menschen, Natur und Klima zu erzeugen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Überhaupt erscheint die Förderung unternehmerischer Forschung in Deutschland im weltweiten Vergleich nicht so wettbewerbsfähig, wie sie sein könnte. Die im Wachstumschancengesetz vorgeschlagenen Anpassungen wie eine vervierfachte Bemessungsgrundlage für die Förderung (25 Prozent von maximal zwölf Millionen Euro) werden begrüßt. Jedoch kann das Thema noch deutlich weitergedacht werden. So sollten die Nachweispflichten für die Unternehmen vereinfacht werden. Forschungsintensiven Unternehmen mit Konzernstrukturen bietet das Gesetz zudem kaum fi-

*Während die Weltbevölkerung wächst und landwirtschaftliche Flächen durch die Erderwärmung bedroht werden, sind Gen- und Biotechnologie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion eine Option, die weiterhin sorgfältig, aber deutlich chancenorientierter diskutiert werden sollte.*





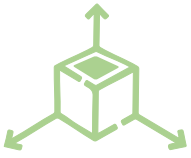
## 2. Investitionsanreize setzen

nanzielle Anreize, weil verbundene Unternehmen – wie in der bisherigen Fassung des Forschungszulagengesetz (FZulG) formuliert – die Förderung nur einmal beantragen können. Hier besteht Nachbesserungsbedarf.

# Was tun?

## **DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER GRÜNEN REGT AN,**

- > die positiven und breitenwirksamen Effekte von verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten und Steuererleichterungen stärker als **Investitionsanreiz am Standort Deutschland** zu nutzen und damit die Abwanderung von Unternehmen in das Ausland zu verhindern.
- > die **steuerliche Verlustverrechnung** deutlich auszuweiten – etwa auf fünf Jahre mit höherem Rücktrag –, um den Unternehmen dringend benötigte Liquidität zur Verfügung zu stellen.
- > den **politischen Rahmen für grüne Leitmärkte** aufzusetzen, um Förderbedarfe durch wahre Endproduktpreise zu ergänzen und mittel- bis langfristig abzulösen.
- > dem **Erhalt und dem Ausbau einer Verkehrsinfrastruktur**, die eine CO<sub>2</sub>-arme oder CO<sub>2</sub>-freie Logistik ermöglicht, deutlich höhere Bedeutung beizumessen.
- > im Sinne der **Kreislaufwirtschaft** eine prinzipielle Neubewertung vorzunehmen, welche Stoffe als „Abfall“ und welche viel besser als „Wertstoff“ einzuordnen sind.
- > die Übersetzung von **Grundlagenforschung in marktfähige Produkte** am Standort Deutschland gezielt zu fördern.
- > die Förderung unternehmerischer Forschung zu **entbürokratisieren** und die Fördermöglichkeiten für verbundene Unternehmen zu verbessern.
- > sich dafür einzusetzen, dass das gesamte **Stoffrecht der EU** dem Prinzip eines wissenschaftlichen, risikobasierten Ansatzes folgt und auf pauschale Stoffverbote verzichtet wird.
- > in einer chancenorientierten Diskussion den möglichen Nutzen von Gentechnologie und Grüner Biotechnologie für **Klimaschutz und Ernährung** neu zu betrachten und das Innovationspotenzial hiesiger Unternehmen zu heben.



## 2. Investitionsanreize *setzen*

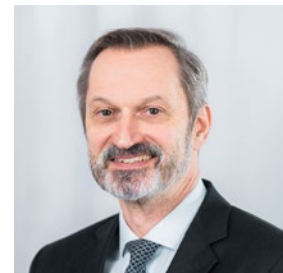


„Sonderabschreibungen für Investitionen in erneuerbare Energie wären eine einfache Maßnahme, die wirklich was bringt. Dann nehmen Unternehmen Geld in die Hand, weil sie Sicherheit haben. Und es ist weniger teuer und weniger strittig als Subventionen oder steuerliche Themen.“

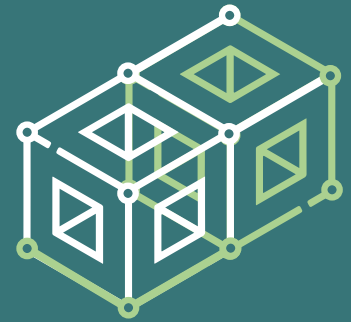
**WOLFGANG BACH,**  
CHIEF FINANCIAL OFFICER/GESCHÄFTSFÜHRER BEI EJOT

„Wir brauchen in Deutschland bessere Investitionsbedingungen für Unternehmen in der Breite, nicht nur bei Leuchtturmprojekten, sondern auch für die Transformation des industriellen Bestands. Wenn die Politik Ziele setzt und den Unternehmen für die zur Umsetzung nötigen Maßnahmen bessere Abschreibungen ermöglicht, könnte das schneller und stärker wirken als Förderprogramme.“

**MARKUS OCHSNER,**  
CHIEF EXECUTIVE OFFICER, ABB DEUTSCHLAND



### 3. Digitalisierung *ausbauen*



**Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist nicht nur ein entscheidender Faktor für die Geschäftsmodelle und Zukunftschancen hiesiger Unternehmen, und damit für eine starke Industrie, sondern sie kann als Enabler auch die Ziele von CO<sub>2</sub>-Einsparung und Klimaneutralität unterstützen. Aus Sicht vieler Unternehmen avanciert Nachhaltigkeit zu einem zusätzlichen Sinnggeber der digitalen Transformation. Unternehmen, die ihr operatives Geschäft intelligent und datenbasiert steuern, können ihren Energie- und Ressourcenverbrauch minimieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern.**

#### >> Umgehender Netzausbau

Besonderes Augenmerk muss in Deutschland dem Ausbau der Kommunikationsnetze gelten; hier besteht eindeutig Nachholbedarf. Für den flächendeckenden Glasfaserausbau bis in die Gebäude sollten Investitionen der Netzbetreiber erleichtert und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Angesichts der hohen Investitionsbereitschaft der Unternehmen in diesem Markt sollte die Prämisse für den schnellen Netzausbau „Privat vor Staat“ lauten. Mit dem Mobilfunknetz 5G kann Deutschland eine Spitzenposition im internationalen Vergleich erreichen, wenn der marktwirtschaftliche Wettbewerb gestärkt und Frequenzen effizient bereitgestellt werden.

*Ein Meilenstein ist die Gaia-X-Initiative, damit in Europa Daten und Dienste für die Wirtschaft verfügbar gemacht werden können.*

#### >> Digitale Souveränität stärken

Auf Ebene der europäischen Union gilt es, weiterhin im Sinne der digitalen Souveränität auf ein offenes und transparentes Daten-Ökosystem hinarbeiten. Ein wichtiger Meilenstein dafür ist die Gaia-X-Initiative, damit in Europa Daten und Dienste für die Wirtschaft verfügbar gemacht und vertrauensvoll geteilt werden können. Mit der Notwendigkeit, Künstliche Intelligenzen auf aktuellen und umfassenden Datenbeständen zu trainieren, kommt Gaia-X besondere Bedeutung zu.

Um den Datenaustausch zwischen Unternehmen voranzutreiben und zu vereinfachen, erscheint die gezielte und strategische Förderung von Datentreuhändern mitentscheidend. Sie gleichen die Interessen von Datenanbietern und -nutzern aus und sind zentrale Institutionen, damit Unternehmen Daten effektiv nutzen können. Darüber hinaus



### 3. Digitalisierung *ausbauen*

gilt es, die Standardisierung und Interoperabilität von Industriedaten zu sichern und Open-Data-Ansätze zu stärken, damit die Daten diskriminierungsfrei und auf breiter Basis produktiv eingesetzt werden können, bei gleichzeitigem Erhalt des Schutzes persönlicher Daten. Der Staat kann als Vorreiter maßgeblich zur Durchsetzung von Gaia-X beitragen, indem er die öffentliche Beschaffung und Ausschreibungen auf Gaia-X-konforme Produkte und Dienste ausrichtet.

#### >> KI chancenorientiert fördern

Künstliche Intelligenz auf Basis von Large Language Models (LLM) besitzt für industrielle Anwendungen ein enormes Potential. Sie vereinfacht und beschleunigt Programmier-, Dokumentations- oder Wartungsaufgaben entlang des Produktlebenszyklus und zahlt auf eine effizientere, ressourcenärmere und wettbewerbsfähigere Industrie ein. Die Entwicklung und Anwendung industriell nutzbarer KI-Modelle sind abhängig von proprietären Foundation-Modellen nicht-europäischer Anbieter. Es fehlt eine europäische Infrastruktur für sichere, vertrauenswürdige Trainingsumgebungen mit ausreichenden Rechenkapazitäten sowie genügend Grafikprozessoren (GPUs) für große KI-Modelle.

Exemplarisch zeigt der Umgang der EU mit dem Thema Künstliche Intelligenz, dass Digitalpolitik zu risikobehaftet und zu wenig chancenorientiert diskutiert wird. Die im EU AI Act – derzeit in Abstimmung im Trilog – vorgenommene Klassifizierung von Hochrisikoanwendungen ist zu breit. Sie will 100 Prozent erfassen, wo 80 Prozent besser wären. So lassen sich Ultraschallgeräte in Europa nicht mit KI trainieren, weil theoretisch gegebenenfalls Rückschlüsse auf Patienten möglich sind. Es ist ein negativer Trend, dass Unternehmen – nicht nur im medizinischen Bereich – ihre KI-Aktivitäten ins Ausland, vorrangig in die USA, verlegen.

#### >> Datenschutz offener denken

Die Unternehmen brauchen mehr Freiheiten, um Daten für digitale Geschäftsmodelle, Konzepte der Industrie 4.0 und als Grundlage von KI produktiv zu nutzen. Der Schutz personenbezogener Daten ist elementar und steht nicht zur Diskussion. Gleichwohl engen die Regularien der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) die Unternehmen zu sehr ein, erzeugen einen hohen personellen und finanziellen Aufwand und hemmen datenbasierte Innovationen.

Beim Datenschutz erscheint eine neue Güterabwägung erforderlich, in der die Wachstumschancen der Wirtschaft wieder stärkere Berücksichtigung finden, insbesondere mit Blick auf den internationalen Wettbewerb. Der Anspruch auf Perfektion sollte prag-



### 3. Digitalisierung *ausbauen*

matisch überdacht werden. Als Denkanstoß kommt aus unserem Mitgliederkreis der Vorschlag, stärker zwischen dem Schutzbedürfnis im Business-to-Consumer-Bereich und den Anforderungen im Einsatz Business-to-Business der Industrie zu differenzieren und den Unternehmen mehr Optionen bei B2B-Anwendungen zu eröffnen. Zudem sei für den großen Handlungsbedarf angemerkt, dass internationale Datentransfers in Länder außerhalb der EU weder eingeschränkt noch verboten werden sollten; Unternehmen brauchen einen leichteren Zugang zu Daten der öffentlichen Hand. Eine Harmonisierung der Anforderungen auf EU-, Bundes- und Länderebene und eine konsequente Vereinfachung der DSGVO wäre eine große Hilfe, um den unternehmensinternen Aufwand für den Datenschutz zu reduzieren.

# Was tun?

## **DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER GRÜNEN REGT AN,**

- > den **Ausbau leistungsfähiger Kommunikationsnetze** – Stichwort Glasfaser bis ins Gebäude und 5G – nach dem Prinzip „Privat vor Staat“ weiter voranzutreiben.
- > die **Initiative Gaia-X** zu stärken, indem unter anderem die Datentreuhänder gefördert werden und die IT der öffentlichen Hand mittelfristig auf Datenstrukturen nach Gaia-X-Standard umgestellt werden.
- > die Grundlagen für einen wettbewerbsfähigen KI-Einsatz zu schaffen, unter anderem durch Mittel der öffentlichen Hand für Investitionen in den Ausbau der Produktion von Grafikprozessoren in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sowie durch eine Anschubfinanzierung eines europäischen **Large Language Model (LLM)**.
- > die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehene Investitionsprämie für **digitale Wirtschaftsgüter** des Anlagevermögens umzusetzen.
- > eine Initiative zur Anpassung der **Datenschutzgrundverordnung** auf den Weg zu bringen, um der Relevanz von digitaler Transformation und KI für die europäische Wirtschaft gerecht zu werden.



### 3. Digitalisierung *ausbauen*

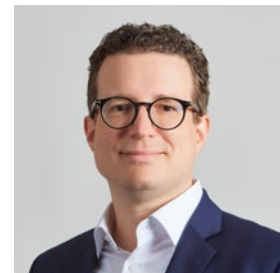


„Entscheidend für Forschung und Entwicklung ist der Zugang und die Verfügbarkeit von großen Datenmengen, in denen Künstliche Intelligenz Muster erkennen kann. Anonymisiert, bei vollem Schutz persönlicher Daten. Wenn das in Europa nicht gelingt, wird dies woanders erforscht und angewandt.“

**DANIEL STEINERS,  
GESCHÄFTSFÜHRER BAYER VITAL**

„Mit nachwachsenden Rohstoffen und innovativer Kreislaufwirtschaft in Europa können wir hier ganz vorn dabei sein. Das ist eine Chance für Nachhaltigkeit und für Wettbewerbsfähigkeit. Die Rohstoffwende ist genauso wichtig wie die Energiewende.“

**MATTHIAS BREIMHORST,  
CHIEF SALES OFFICER, FELIX SCHOELLER GROUP**



# 4.

## Die Energiewende *managen*



**Der Hochlauf der erneuerbaren Energien in der deutschen Wirtschaft hat das Potenzial, international wegweisend zu wirken und sich zu einem echten Standortvorteil zu entwickeln, für ein Deutschland, das nachhaltig stark ist. Eine umsetzungsstarke Strategie sowie eine gute Koordination von Regulierung und Implementierung sind essenziell, damit diese Chancen genutzt werden. Insbesondere gilt dies mit Blick auf grünen Wasserstoff als einem der wichtigsten Elemente der Transformation.**

### >> Vom Brückenstrompreis zum Gesamtpaket

Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und mit Blick auf die angestrebte umfassende Elektrifizierung als Grundlage für die Umstellung auf saubere Energie dürfen die energieintensiven Unternehmen der Grundstoffindustrie nicht durch zu hohe Strompreise gefährdet werden. Für diese Branche ist temporär eine finanzielle Unterstützung in der Energieversorgung relevant.

Der Brückenstrompreis, wie er von Akteuren – insbesondere dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz – in die Debatte eingebracht wurde, wird von unseren Mitgliedern aus der energieintensiven Grundstoffindustrie begrüßt. Das Instrument stelle eine wichtige Transformationshilfe auf dem Pfad zur Klimaneutralität bis 2045 dar und sichere für die Unternehmen – und damit für viele ihrer Zulieferer – die Möglichkeit, weiter am Standort Deutschland zu produzieren.

Das Konzept setzt darauf, dass die Preise für Strom aus erneuerbaren Energien durch deren Ausbau in einigen Jahren deutlich sinken und die Unterstützung daraufhin auslaufen könne. Auf dieser Grundlage, also als Brücken- und Transformationsstrompreis, kann es die deutsche Industrie stärken. Mit den geforderten Standort- und Beschäftigungsgarantien allerdings können Unternehmen, die sich heute für den Neubau einer Fabrik entscheiden und dabei 20 Jahre und mehr überblicken müssen, nicht verlässlich arbeiten. Angesichts der konjunkturellen und weltpolitischen Unwägbarkeiten würde es manchen Unternehmen schwerfallen, hier langfristige Zusagen zu geben. Deshalb schlägt eine Reihe von Unternehmen vor, die geforderten Garantien im Konzept des Brückenstrompreises kritisch zu überprüfen.



#### 4. Die Energiewende *managen*

Wir regen vor diesem Hintergrund an, für den Brückenstrompreis ein Gesamtpaket zu betrachten: Unverzichtbar ist erstens ein höheres Planungstempo beim Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland sowie eine stark beschleunigte europäische Perspektive für Importe von Energie aus erneuerbaren Quellen, um möglichst rasch sehr viel mehr grüne Energie verfügbar zu haben. Die entsprechenden Pläne der Bundesregierung werden begrüßt und sollten zügig umgesetzt werden. Zweites Element wäre der Brückenstrompreis. Drittens sollte er in eine Energiesteuerreform eingebettet werden, zu der insbesondere eine umgehende und deutliche Senkung der Stromsteuer zählen sollte. Dies würde die Elektrifizierung als Teil der Energiewende unterstützen und wäre angesichts der konjunkturellen Schwierigkeiten Deutschlands eine breit wirkende Maßnahme.

*Ein Gesamtpaket betrachten: Höheres Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien, Brückenstrompreis, und Senkung der Stromsteuer.*

#### >> CO<sub>2</sub>-neutraler Wasserstoff

CO<sub>2</sub>-neutraler und letztlich grüner Wasserstoff ist perspektivisch ein zentraler Baustein der Energiewende. Im Kreise der Wirtschaftsvereinigung gibt es dazu bereits innovative, arbeitsfähige Projekte zur Dekarbonisierung, etwa zur Herstellung von grünem Stahl, für den nicht Koks und Kohle, sondern mit Windenergie hergestellter Wasserstoff eingesetzt wird.

*Der zunächst knappe Wasserstoff muss für den Einsatz in der Industrie priorisiert werden.*

Von großer Bedeutung ist dabei, den zunächst knappen Wasserstoff für den Einsatz in der Industrie zu priorisieren. Dies ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland in der Transformation unverzichtbar, zudem lassen sich hier die größten Effekte zur Treibhausgasminde rung erzielen. Die Nutzung in Pkw oder Gebäuden ist definitiv nachrangig, zumal sich hier vielfach auch durch Elektrifizierung die angestrebte Dekarbonisierung erreichen lässt.

Da ein umfassender Einsatz von grünem Wasserstoff nur durch Importe sichergestellt werden kann, kommt dem rechtzeitigen Aufbau der Verteilinfrastruktur besondere Bedeutung zu. Für den Hochlauf der Technologie in Deutschland spielt das Wasserstoff-Startnetz eine bedeutende Rolle. Es sollte so dimensioniert werden, dass energieintensive Unternehmen zügig Anschluss finden und als CO<sub>2</sub>-Senke fungieren können. Dazu bedarf es wahrscheinlich in der Übergangszeit höherer Kapazitäten, als sie allein durch nicht mehr benötigte, umgerüstete Gaspipelines abgedeckt werden. Für das Startnetz sind deshalb zusätzlich neue Wasserstoff-Pipelines zu erwägen, die parallel zu bestehenden Gaspipelines laufen.

Da grüner Wasserstoff möglicherweise nicht im notwendigen Maße zur Verfügung stehen wird, halten wir es für geboten, pragmatisch vorübergehend den Einsatz des ebenfalls klimaneutralen blauen Wasserstoffs zu ermöglichen. Dabei ist das Ziel





unbestritten, möglichst rasch komplett auf grünen Wasserstoff umzusteigen. Die Produktion blauen Wasserstoffs mit fossilen Brennstoffen und die damit verknüpfte Speicherung des anfallenden CO<sub>2</sub> durch Carbon Capture and Storage (CCS) ist wirtschaftlich erforderlich, aber bekanntermaßen politisch umstritten.

### >> Negative Emissionen durch CCS

Technologien für negative Emissionen, also zur Entnahme und Speicherung von CO<sub>2</sub> aus Abgasen oder aus der Luft, sind aber in jedem Fall unverzichtbar. Sie sind nötig, um das politische Klimaziel von netto Null Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2045 zu erreichen. Denn zum einen sind aufgrund einer lange Jahre zu schwachen Klimapolitik zu viel Treibhausgase bereits im Klimasystem. Zum anderen wird es in jedem Fall unvermeidbare Restemissionen etwa in der Landwirtschaft geben, außerdem auch kaum vermeidbare industrielle Prozessemissionen, selbst bei vollständiger Umstellung auf grüne Energie. Die Technologien für negative Emissionen sind für uns ausdrücklich keine Alternative zum umfassenden Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und dürfen keinen Anreiz bieten, bei der Umstellung auf erneuerbare Energien nachzulassen. Dennoch sollte Deutschland den Einsatz von Technologien wie CCS und CCU entschlossen voranbringen und zugleich eine Kommunikationsstrategie entwickeln, um den verständlichen Sorgen in der Bevölkerung zu begegnen.

Bei der politischen Ausgestaltung der Wasserstoffnutzung ist zudem zu bedenken, dass der Wechsel von fossilen Energieträgern zu grünem Wasserstoff mit einem betriebswirtschaftlichen Risiko verbunden ist. Kohle ist zu Weltmarktpreisen verfügbar, kostet also für alle Wettbewerber gleich viel. Die Wasserstofftechnologie regionalisiert derzeit noch die Preisbildung. Das heißt: Grüner Wasserstoff kann in Europa teurer sein als in anderen Regionen.

### >> Pioniere bei Risiken unterstützen

In diesem Kontext möchten wir auf den „first mover disadvantage“ hinweisen, der die Energiewende an verschiedenen Stellen bremst. Unternehmen, die als Pioniere ihre Prozesse auf grüne Energie umstellen, tragen mitunter ein hohes finanzielles Risiko angesichts der Tatsache, dass unklar ist, welche technologischen und politischen Weichen zukünftig gestellt werden. Bei der politischen Ausgestaltung der Energiewende sollten finanzielle Anreiz- und Ausgleichsmöglichkeiten für Pionierinvestitionen mitgedacht werden.

*Bei der politischen Ausgestaltung der Energiewende sollten finanzielle Anreiz- und Ausgleichsmöglichkeiten für Pionierinvestitionen mitgedacht werden.*



## 4. Die Energiewende *managen*

Bei langfristigen Direkt-Verträgen für grünen Strom – Power Purchase Agreements (PPAs) – macht sich der fehlende Wettbewerb unter den Anbietern negativ bemerkbar. Wenn zu wenige Angebote auf sehr große Nachfrage treffen, sind hohe Preise das Ergebnis. Unternehmen laufen Gefahr, eine langfristig gesicherte Stromversorgung auf einem Preisniveau einzukaufen, das einerseits über dem angedachten Brückensstrompreis liegt und andererseits ihre Investitionsfähigkeit einschränkt. Hier könnte die Politik Instrumente entwickeln, diese Risiken bei PPA für Unternehmen abzusichern.

### >> Wasserstoff im Flugverkehr

Um den Carbon Footprint in der Luftfahrt, ob Passagier- oder Frachtverkehr, auf Null zu bringen, ist unter Einsatz von Wasserstoff hergestelltes Power-to-Liquid-Kerosin unabdingbar. Indes fehlen derzeit noch die notwendigen Investitionen in entsprechende Produktionsanlagen. Potenzielle Hersteller fürchten auch hier einen first mover disadvantage, weil die regulatorischen Rahmenbedingungen und die zu erwartende Preisentwicklung unsicher sind. Um ihre Risiken zu dämpfen, möchten Hersteller zudem Abnahmeverträge über zehn Jahre abschließen, was wiederum die Luftfahrtunternehmen abschreckt. So entwickelt der Markt für PtL-Kerosin nicht die notwendige Dynamik.

In solchen Transformationssektoren kann die Bundesregierung mit intelligenten Anreizsystemen viel bewegen und den Markt stimulieren. Dabei muss beim Aufbau der wasserstoff-basierten Sektoren der Wirtschaft darauf geachtet werden, dass für die Produktion von ausreichend PtL-Kerosin – und PtL-Antriebsstoffen für die Containerschifffahrt – die notwendigen Mengen an Wasserstoff verfügbar sind.

*Transformationssektoren kann die Bundesregierung mit intelligenten Anreizsystemen viel bewegen und den Markt stimulieren.*

### >> Flexibles und sicheres Stromnetz

Für die Unternehmen stellt der nachhaltige Umbau der Energieerzeugung und -versorgung einen Gestaltungsraum dar, den Politik und Wirtschaft gemeinsam bespielen sollten. Nach dem Ausstieg aus der Atomkraft bleibt es eine Grundanforderung, dass immer ausreichend Strom erhältlich ist. Manche Industriebetriebe können ihre komplexe Produktion nach einem Stromausfall nicht einfach wieder anfahren, sondern brauchen dafür Wochen.

Zu erwartende Versorgungsschwankungen aus erneuerbaren Quellen müssen mit durchdachten, smarten Energiespeichern abgefedert werden können, wobei auch Power-to-Gas-Technologien eine Rolle spielen sollte. Für Speichertechnologien sollte im Rahmen einer Energiesteuerreform oder auf anderem Wege ein Preismodell entwickelt werden, das die Bereitstellung von Speichern anreizt.



## 4. Die Energiewende *managen*

Solange der Netzausbau für den Hochlauf erneuerbare Energien in Deutschland noch nicht die notwendige Kapazität erreicht hat, sollte die bestehende Verteilnetzstruktur möglichst effizient und mit den Mitteln der Digitalisierung optimiert werden. Eine konsequente Optimierung nach dem Prinzip der Netz-Optimierung vor Verstärkung und weiterem Ausbau schafft zusätzliche Chancen, erneuerbare Energien flexibel zu steuern und mehr Strom über die bestehende Infrastruktur zu transportieren. Auch auf der Ebene der Haushalte lässt sich durch Gebäudetechnik der Energieverbrauch minimieren, wenn die Politik hierfür die Voraussetzungen schafft: Das technische Energiemanagement der Gebäude braucht die Informationen über die aktuelle Strom-Angebotslage und damit verknüpfte Preise.

### >> **Eigenstromerzeugung erleichtern**

Im Kontext der Energiewende gewinnt für Unternehmen die Eigenstromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen weiter an Bedeutung. Hierfür sollten dringend regulatorische Hemmnisse überprüft werden, etwa zum Abstand der Energieerzeugungsanlage vom Unternehmensstandort, zum Leitungsbau, zu den zu erzeugenden Strommengen und zu steuerlichen Fragen. Unternehmen verfügen über Flächen, Zugang zu Kapital und technisches Know-how. Dieses Potenzial der Eigenstromerzeugung durch Unternehmen, die keine klassischen Energieerzeuger sind, aber einen Beitrag leisten wollen, sollte Deutschland unbedingt verstärkt nutzen. Bestehende Ansätze hierfür sollten dringend ausgebaut werden.

Die Unternehmen benötigen dazu flexible Ansätze – von Solar- und Windenergie über Wasserstoff und Wärmepumpen bis hin zu Biomassekraftwerken –, um für sich zu klären, welcher Weg für sie langfristig wirksam und skalierbar ist sowie den Anforderungen ihrer industriellen Produktion entspricht. Genehmigungsverfahren sollten die Option eines Technologiewechsels in der Eigenstromerzeugung berücksichtigen. Prioritär gilt es, Ineffizienzen in den Genehmigungsverfahren und Regularien weiter zu reduzieren. Insbesondere die Genehmigung für Windräder, die nach Erfahrung unserer Mitglieder durchaus bis zu fünf oder sechs Jahre in Anspruch nimmt, muss weiter beschleunigt werden. Weit über 100 zu stellende Anträge bremsen den Neubau von Windrädern ebenso aus wie langwierige, praxisferne Genehmigungsverfahren für die Schwerlasttransporte.

*Unternehmen verfügen über Flächen, Zugang zu Kapital und technisches Know-how. Dieses Potenzial der Eigenstromerzeugung durch Unternehmen, die keine klassischen Energieerzeuger sind, sollte Deutschland nutzen.*



# Was tun?

## **DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER GRÜNEN REGT AN,**

- > für den **Brückenstrompreis** ein Gesamtpaket zu schnüren mit dem beschleunigten Hochlauf erneuerbarer Energien und einer Senkung der Stromsteuer. Die Wirtschaft braucht verlässliche Planbarkeit, Stabilität und wettbewerbsfähige Preise bei der Energieversorgung.
- > das Startnetz für den Hochlauf der Wasserstofftechnologie an den Erfordernissen der Industrie und den zeitlichen Zielen der Transformation – **Stichwort CO<sub>2</sub>-Neutralität** – auszurichten.
- > für **Wasserstoff** eine klare Priorisierung für die Nutzung in industriellen Prozessen vorzunehmen statt in Pkw oder Gebäuden.
- > „blauen“ **CO<sub>2</sub>-neutralen Wasserstoff** als Übergangstechnologie zu nutzen
- > hierfür sowie zum Ausgleich von klar begrenzten Restemissionen aus Industrie und Landwirtschaft die CO<sub>2</sub>-Speicherung etwa per **CCS** voranzubringen.
- > regulatorische Hemmnisse für die **grüne Eigenstromerzeugung** von Unternehmen möglichst rasch abzubauen – zum Beispiel für alle auf Genehmigung wartenden, fertig installierten Fotovoltaik-Anlagen auf Industrieimmobilien eine vorläufige Betriebsgenehmigung zu erteilen, und regionale und kollaborative Ansätze der Eigenstromerzeugung fördern.
- > das **Stromnetz** weiter zu digitalisieren und zu optimieren und gleichzeitig weiter auszubauen.
- > initiale Marktanreize für die **PtL-Treibstoffproduktion** – etwa für den Luftverkehr – zu setzen, um die Dekarbonisierung des Segments überhaupt erst zu ermöglichen.
- > für die rasche, smarte **Digitalisierung des bestehenden Stromnetzes** den Verteilnetzbetreibern zu erlauben, neben den investiven Kosten für den Netzausbau auch die anfallenden Betriebskosten einschließlich Software auf Netzentgelte umzulegen.



#### 4. Die Energiewende *managen*



„Wer weiter Grundstoffindustrie in Deutschland will, und wer die klimaneutral haben will, der muss sie im Übergang unterstützen. Wir können vieles elektrifizieren, müssen aber über die Verteilung der Umbaukosten sprechen und brauchen genug bezahlbaren und auf Dauer grünen Strom.“

**MATTHIAS BREIMHORST,  
CHIEF SALES OFFICER, FELIX SCHOELLER GROUP**

„Die Unternehmen könnten einen erheblichen Beitrag zur Energiewende leisten, wenn sie selbst mehr Strom erzeugen. Wir haben Flächen, wir können Technik. Es wäre eine große Chance, wenn die Politik hier regulatorische Hemmnisse abbaut.“

**ANDREAS HETTICH,  
MEHRHEITSEIGENTÜMER HETTICH GRUPPE**



## 5. Bürokratie *abbauen*



Um eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Zukunft zu gestalten, bedarf es eines systemischen Optimums aus politischer Führung, notwendigen strategischen Leitplanken und unternehmerischer Freiheit. In diesem Kontext wünschen sich die Unternehmen der Wirtschaftsvereinigung der Grünen ein stärkeres Bewusstsein in Legislative und Verwaltung für den Personal- und Finanzaufwand, den Regulierung und Bürokratie in vielen Handlungsfeldern mit sich bringen. Es geht nicht um regulatorische Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Thema: zu viele, zu detaillierte und zu komplexe Genehmigungsverfahren, Förderanträge, Compliance-Anforderungen sowie steuerliche Nachweis- und Berichtspflichten. Hier stellt sich vielleicht am deutlichsten die Herausforderung, dass Regulierung statt 100 Prozent oft besser nur 90 oder 80 Prozent als Anspruch haben sollte, weil die letzten 10 oder 20 Prozent sowohl beim Staat als auch in den Unternehmen besonderen Aufwand erzeugen, und das bei geringem Grenznutzen.

*Es geht nicht um regulatorische Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Thema.*

Viele innovative, grüne Technologien könnten schneller entwickelt und implementiert werden, wenn sich in den Unternehmen nicht ganze Teams über Jahre mit den Anforderungen verschiedener staatlicher Stellen auseinandersetzen müssten. Genehmigungsprozesse sollten insbesondere bei Transformationstechnologien weniger Rechtfertigungen verlangen, sondern vielmehr auf das gemeinsame Ziel zügiger Umsetzung und Effizienz fokussiert sein.

### >> Innovativ entbürokratisieren

Angeregt wird – im Sinne eines Benchmarkings – Best Practices in anderen wichtigen Wirtschaftsnationen zu identifizieren und gegebenenfalls zu adaptieren.

Bürokratische Vorgänge sollten sowohl zielorientiert, pragmatisch und digital gestaltet werden als auch – so weit wie möglich – nur einmalig durchlaufen werden müssen. Dafür ist eine gute Koordination zwischen den jeweils beteiligten Behörden notwendig. Hier könnten „Investitionslots\*innen“ und andere Moderator\*innen als zentrale, ämterübergreifende Ansprechpartner\*innen eines Unternehmens die oft komplexe Zusammenarbeit mit den Behörden koordinieren und die Prozesse wesentlich beschleunigen.



## 5. Bürokratie abbauen

Als Vorbild für diese Funktion kann das Prinzip des Key Account Managements in der Wirtschaft dienen, mit dem sich Unternehmen intensiv und ausschließlich ihren Schlüsselkunden widmen.

Dass es im Kontext der Entbürokratisierung nach dem Scheitern des Onlinezugangsgesetzes von 2017 einen neuen, mutigen Anlauf zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung braucht, steht außer Frage. Hier ist auf gut strukturierte End-to-Endprozesse vom Antrag zum Bescheid, auf kompatible Systeme in den verschiedenen Behörden und Bundesländern sowie auf die Standards nach dem Gaia-X-Modell zu achten.

Bürokratieabbau bezieht notwendigerweise die EU mit ein. Es gibt in vielen Bereichen – etwa bei der Zulassung mancher chemischen Produkte – Doppelprüfungen zwischen europäischen und nationalen Behörden. Verfahren zu zentralisieren und nach dem Vorbild der Zulassung von Medikamenten zu vereinfachen, könnte dabei als Modell dienen. Wenn eine europäische Behörde prüft, in dem Fall die European Medicine Agency EMA, und zwei Länder die Rolle als Berichterstatter („Rapporteur“ und „Co-Rapporteur“) übernehmen, lassen sich Verfahren deutlich beschleunigen.

### >> Lieferkettensorgfaltsgesetz überprüfen

Beim Lieferkettensorgfaltsgesetz, dessen Absichten die Unternehmen grundsätzlich teilen, sind teils die sinnvollen und pragmatisch erreichbaren Ziele aus dem Blick geraten. So wirkt das Gesetz in manchen Fällen kontraproduktiv, weil kleine Lieferanten in Zukunft Schwierigkeiten haben werden, überhaupt in die Lieferketten hineinzukommen, da sie den Prüfaufwand nicht leisten können. Zudem entsteht der Eindruck, dass sich das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in seinen Handreichungen vom eigentlich risikobasierten Ansatz entfernt und einzelne Prozessschritte abfragt. Nicht zuletzt droht mit der Lieferketten-Richtlinie der EU eine weitere Verschärfung des Lieferkettengesetzes.

Anstehende Novellierungen und Ergänzungen sollten daher genutzt werden, um das Gesetz umsetzungsorientierter und effektiver auszugestalten. Im Moment müssen die Unternehmen zu viel Personal abstellen, damit in kurzer Zeit im Zweifel tausende Lieferanten überprüft werden können. Und das, obwohl teilweise erst noch die Voraussetzungen geschaffen werden, um das Gesetz überhaupt umsetzen zu können. Etwa fehlen für eine entwaldungsfreie Lieferkette, wie sie ab 2025 für Produkte wie Kakao, Kaffee, Palmöl und Soja gefordert wird, derzeit verlässliche Daten.

*Es braucht einen neuen, mutigen Anlauf zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.*



### >> Handlungsbedarf bei Steuern und Prüfung

Das Steuerrecht verursacht aufseiten der Unternehmen vielfach einen immensen und teilweise unnötigen Aufwand. Weil viele Industrieunternehmen natürlich international agieren, erinnern wir daran, dass die Harmonisierung der Steuern in der EU eine schwer umsetzbare, aber wichtige Aufgabe bleibt. Auch in Deutschland aber beschäftigen eine Vielzahl von Änderungen und Anpassungsgesetzen die Fachleute in den Unternehmen permanent. Ein Beispiel sind die sogenannten Nichtanwendungserlasse durch den Staat. Dadurch werden Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (BFH) als Einzelfälle deklariert. Die Folge ist, dass Unternehmen selbst bei Streitfällen, über die der BFH grundsätzlich entschieden hat, individuell Klage erheben müssen. Solche Verfahren ziehen sich über Jahre mit der Folge, dass Steuerbescheide lange offenbleiben.

Wie ein anderer Umgang mit dem Thema Steuern aussehen kann, zeigt sich im Sinne von „Best Practice“ etwa in der Schweiz. Obgleich Unternehmen in einigen Kantonen weniger an Gewinnsteuern als in Deutschland abführen, sind die Verantwortlichen der Kantone oft unkompliziert ansprechbar und diskussionsbereit. Wer Investitions- und Arbeitsplatzzusagen abgibt, kann mit niedrigeren Steuern rechnen. Der Ansatz, den Standort attraktiv zu gestalten, spiegelt sich ebenso in den Betriebsprüfungen. Während sie in Deutschland Monate oder Jahre dauern und seitens der Finanzämter sowie in den Unternehmen große Personalressourcen binden, werden sie in der Schweiz schneller und unbürokratischer durchgeführt. Staat und Unternehmen sollten sich hier stärker als Partner begreifen, wobei der Staat die Rolle des „Enablers“ einnehmen könnte, um den Unternehmen ihre eigentliche wirtschaftliche Tätigkeit zu erleichtern.

*Durch staatliche Nichtanwendungserlasse werden Entscheidungen des Bundesfinanzhofs als Einzelfälle deklariert. Die Folge ist, dass Unternehmen individuell Klage erheben müssen.*

Dringend umfassend ausgebaut werden sollte der Einsatz von Reallaboren oder Sandboxes für Innovation und Regulierung, wie er von der Bundesregierung zum Teil bereits verfolgt wird. Diese Ansätze, bei denen frühzeitig etwa regulatorische Hemmnisse oder unbeabsichtigte Nebenwirkungen identifiziert und damit vermieden werden können, unter Einbeziehung von Betroffenen insbesondere auch aus der Industrie, gehen in die richtige Richtung.





# Was tun?

## **DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER GRÜNEN REGT AN,**

- > die existierenden Initiativen zum **Bürokratieabbau** zu forcieren, zu koordinieren und zu erweitern. Neue Gesetzesvorhaben sollten nach dem Prinzip, so viel Regulierung wie nötig, so wenig wie möglich‘ gescreent werden.
- > mit **Benchmarking, Best Practices, Sandboxes und Reallaboren** die Entbürokratisierung zu beschleunigen.
- > das im Koalitionsvertrag angekündigte Bürokratieentlastungsgesetz mit einer ressortübergreifenden „**One-in-one-out**“-Regelung sowie mit dem „**Once-Only**“-Prinzip zu realisieren.
- > den bürokratischen Aufwand der Unternehmen durch einen neuen Anlauf zur **Digitalisierung der Verwaltung** zu vermindern.
- > die **Koordination zwischen Behörden** zu verbessern sowie Positionen für Investitionslots\*innen respektive Moderator\*innen für spezifische Themen zu schaffen.
- > das **Lieferkettensorgfaltsgesetz** zu novellieren sowie die Zeitkorridore und Umsetzbarkeit der unstrittig richtigen Ziele praxisorientiert zu formulieren.
- > die Praxis der **Nichtanwendungsbeschlüsse** von Entscheidungen des BFHs einzuschränken.
- > den betrieblichen Aufwand bei **Betriebsprüfungen** auf seine Notwendigkeit hin abzuklopfen und gezielt zu reduzieren.



## 5. Bürokratie abbauen

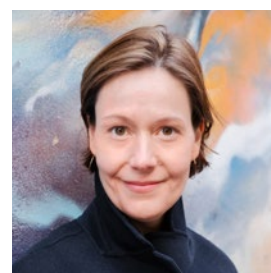


„Politik muss Entscheidungen treffen können, die vielleicht nur zu 80 Prozent richtig sind. Das sollten auch wir aus der Wirtschaft unterstützen, denn wenn die Politik nicht entscheidet, weil sie die 100 Prozent nicht hat, können wir in den Unternehmen auch nicht entscheiden. Wir werden einander vergeben müssen, dass wir auch Fehler machen. Nur so geht es voran.“

**GUNNAR GROEBLER,**  
VORSTANDSVORSITZENDER, SALZGITTER AG

„Regeln für Nachhaltigkeit etwa in Lieferketten haben ihren Sinn. Aber damit sie nicht nur für's Schaufenster sind, damit sie wirklich etwas bringen, müssen sie auch erfüllbar sein. Für manche kleinere Unternehmen wird das zuviel, die haben dafür nicht die Möglichkeiten. Da braucht es ein differenziertes Vorgehen.“

**KATHARINA ROEHRIG,**  
MITGLIED DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER MELITTA GRUPPE



„Wir leben in Deutschland auch von unserer Innovationskraft, das ist einer unserer wichtigsten Rohstoffe. Hierfür brauchen wir Fachkräfte, Bildung, aber auch verlässliche Rahmenbedingungen. Planbarkeit für Innovationszyklen, die auch Investitionszyklen sind. Wir müssen wissen, wie die Regulierung für die Produkte aussieht, wenn sie dann auf den Markt kommen.“

**DANIEL STEINERS,**  
GESCHÄFTSFÜHRER BAYER VITAL

## 6. Arbeitskräfte *sichern*



**Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels verschärft sich der Arbeitskräftemangel – zumindest in manchen Regionen – weiter. Die Unternehmen ergreifen angesichts des demografiebedingten Verlusts an Fachkräften ein ganzes Bündel an Maßnahmen: Digitalisierung und Automatisierung von Aufgaben, eigene Bildungs- und Qualifizierungsangebote sowie die Verlagerung von Produktionsprozessen in andere Länder, deren Arbeitsmärkte besser aussehen. Umso bedeutsamer ist es, alle zur Verfügung stehenden Potenziale in Deutschland zu heben. Die Fachkräfte sind eine Stärke des Standorts.**

### >> Migration nutzen

Wir unterstützen ausdrücklich eine Politik, die dem hiesigen Arbeitsmarkt durch pragmatische, niederschwellige Zugänge für Menschen mit Migrationshintergrund und für zusätzlich angeworbene Fachkräfte aus dem Ausland neue Impulse geben. Initiativen, Geflüchtete und Asylbewerber\*innen für qualifizierte wie für einfache Tätigkeiten zu beschäftigen, scheitern oft an bürokratischen Hürden, etwa an den teils schwer zu beschaffenden Papieren, die die Menschen vorlegen müssen. In vielen Industrieunternehmen gibt es momentan noch genügend vakante, einfache Arbeitsfelder, die durchaus nach einer kurzen Anlernzeit ausgeübt werden können. Durch diese Beschäftigungsmöglichkeiten könnten Fremdenfeindlichkeit und gesellschaftliche Neiddebatten abgeschwächt werden, wenn Asylsuchende und geflüchtete Menschen selbst zu ihrem Lebensunterhalt beitragen könnten.

Darüber hinaus ist gezielte Zuwanderung notwendig, um den Fachkräftemangel zu reduzieren. Allerdings ist Deutschland ein bürokratisch komplizierter Aufnahmestaat, und seine Attraktivität wird durch die zunehmende Popularität rechtsextremer Positionen und alltägliche Fremdenfeindlichkeit gemindert. Hier ist nicht nur die Personalsituation der Unternehmen berührt, sondern gleichfalls ihre Kultur, die von Offenheit, Toleranz und Diversität geprägt ist. Unsere Mitgliedsunternehmen stehen für diese Werte ein und begrüßen alle Maßnahmen, die den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland erleichtern, ihr Bleiberecht stärken und die Integration fördern. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz bedeutet einen großen Schritt in die richtige Richtung. Je unkomplizierter ausländische Berufsabschlüsse und Qualifizierungen in Deutschland anerkannt werden, desto besser.

*Deutschlands Attraktivität für Zuwanderung wird durch die zunehmende Popularität rechtsextremer Positionen und alltägliche Fremdenfeindlichkeit gemindert.*



## 6. Arbeitskräfte sichern

Bei all diesen Themen sind gute Deutschkenntnisse der zu uns kommenden Menschen von höherer Bedeutung, als vielfach angenommen wird. Zwar funktioniert die Verständigung auf Englisch auf vielen Ebenen der Unternehmen gut, sobald es aber die Produktion und Logistik betrifft, bleibt Deutsch die vorherrschende Sprache. Den Sprachunterricht auszubauen, zum Beispiel unter der Ägide der Bundesanstalt für Arbeit und der Jobcenter, wäre ein wichtiger Baustein einer gelingenden Integration.

### >> Karrierechancen von Frauen erhöhen

Der Standort Deutschland kann es sich nicht mehr leisten, dass qualifizierte Menschen nur deshalb zu Hause bleiben müssen, oder in Teilzeit arbeiten, weil die Betreuung ihrer Kinder oder die Pflege von Angehörigen nicht gewährleistet ist. Meist sind davon Frauen betroffen. Mit weiteren Investitionen in Kindergärten, Kindertagesstätten und Ganztagschulen gilt es dazu beizutragen, dass alle Elternteile dem Arbeitsmarkt dauerhaft zur Verfügung stehen können und ihre Karriere entwickeln. Manche Unternehmen schaffen dafür eigene Angebote, etwa mit Betriebskindergärten, aber für kleinere mittelständische Unternehmen ist dies vielfach nicht machbar. Der Staat muss alles ihm Mögliche tun, gegebenenfalls auch steuerlich, um die Partizipation von Frauen im Erwerbsleben zu vergrößern.

### >> Bildungsniveau steigern

Von enormer Bedeutung ist aus Sicht der Unternehmen der Wirtschaftsvereinigung der Grünen, in den Schulen für mehr Qualität, für ein höheres Bildungsniveau, und für einen stärkeren Praxisbezug zum Berufsleben zu sorgen. Unser Bildungssystem vertraut immer noch darauf, so wirkt es zumindest, dass junge Menschen mit geringen Kompetenzen im Lesen, Schreiben oder Rechnen zumindest einfache Arbeiten etwa in der Lagerhaltung übernehmen können. Allerdings lassen autonome und smarte Systeme diese Jobs in den kommenden Jahren sukzessive verschwinden, und wir brauchen die jungen Menschen für qualifizierte Tätigkeiten.

Gefragt sind daher Schullaufbahnen, die den Nachwuchs jetzt konkret auf eine Arbeitswelt vorbereiten, die von selbständigem Handeln und Entscheidungsfähigkeit, von Digitalisierung und Daten, autonomen Maschinen und KI geprägt sein wird. In einer koordinierten Initiative sollten Wirtschafts- und Bildungsministerien auf Bundes- und Länderebene darauf hinarbeiten, die jungen Menschen gemeinsam mit der Wirtschaft besser auf die betriebliche Praxis einzustimmen.

*Gefragt sind daher Schullaufbahnen, die den Nachwuchs jetzt konkret auf eine Arbeitswelt vorbereiten, die von selbständigem Handeln und Entscheidungsfähigkeit, von Digitalisierung und Daten, autonomen Maschinen und KI geprägt sein wird.*



Einschränkungen, denen der produktive Einsatz von Auszubildenden während der Ausbildungszeit unterliegt, sollten mit Bedacht und in einem klar umrissenen Rahmen gelockert werden. Dies würde dem Fachkräftemangel entgegenwirken, entspräche der Motivation vieler junger Menschen, und unterstützte ihren Ausbildungserfolg.

# Was tun?

## **DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER GRÜNEN REGT AN,**

- > den **Zugang von Migrant\*innen und Geflüchteten** zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, die Qualifikationen unkompliziert anzuerkennen sowie das Bleiberecht für ausländische Fachkräfte in Deutschland möglichst weit zu fassen.
- > die **bürokratischen Verfahren** von den deutschen Botschaften im Ausland bis zu den hiesigen Ausländerbehörden zu vereinfachen und für die notwendige personelle Besetzung zu sorgen.
- > Programme zum Erwerb der **deutschen Sprache** für Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund aufzulegen respektive zu intensivieren, etwa über die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter.
- > von der **Kita bis zur Ganztagschule** in die Betreuung von Kindern und Schüler\*innen zu investieren, damit es beiden Elternteilen und insbesondere Frauen erleichtert wird, ihre Erwerbskarriere fortzusetzen.
- > in einer **föderalen Initiative Schulbildung** stärker auf die Anforderungen von Ausbildung und Berufsleben auszurichten und die jungen Menschen gezielt auf die Herausforderungen einer digitalisierten Wirtschaft vorzubereiten.
- > die **Qualität der Schulbildung** in den Kern bildungspolitischer Debatten zu stellen und vorrangig in die technische Ausstattung der Schulen zu investieren.



## 6. Arbeitskräfte sichern



„Auf lange Sicht geht die Arbeit dahin, wo die Fachkräfte sind – wenn wir keine Zuwanderung von Arbeitskräften haben, haben wir eine Abwanderung von Unternehmen.“

**ANDREAS HETTICH,  
MEHRHEITSEIGENTÜMER HETTICH GRUPPE**

„Wir könnten Migranten schneller und einfacher in Arbeit bringen. Dafür müssten nur die Regeln modernisiert werden. Nützen würde es allen: den sehr arbeitswilligen Migranten, den dann entlasteten Städten und Gemeinden, und den Unternehmen mit ihrem Arbeitskräftemangel.“

**WOLFGANG BACH,  
CHIEF FINANCIAL OFFICER/GESCHÄFTSFÜHRER BEI EJOT**



„Die Kinderbetreuung in Deutschland ist von enormer Bedeutung für die Sicherung von Fachkräften in den Unternehmen. Wir können es uns nicht leisten, dass Eltern zuhause bleiben müssen, weil es nicht genug Betreuungsplätze gibt. Hier ist die Politik ganz klar gefordert.“

**MATTHIAS BREIMHORST,  
CHIEF SALES OFFICER, FELIX SCHOELLER GROUP**

## *Einladung* zur Diskussion

Mit ihrem White Paper Industriepolitik hofft die Wirtschaftsvereinigung der Grünen, mit Perspektiven aus Unternehmen einen Impuls in dieser für den Standort Deutschland so wichtigen Debatte zu geben.

Wir legen eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen vor.

**Jetzt freuen wir uns auf die Diskussion mit allen Stakeholdern, die etwas tun möchten für den Industriestandort Deutschland.**

**Pragmatisch. Nachhaltig. Stark.**



# *Impressum*

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e. V.

## **Herausgeber:**

Thomas M. Fischer (Vorsitzender)

Heike Discher (Vorsitzende)

Tatiana Ohm (stellv. Vorsitzende)

Peter Heine (Schatzmeister)

Volker Ratzmann (Vorstand)

## **V.i.S.d.P.:**

Julia Eckey, Geschäftsführerin

## **Kontakt für Anfragen:**

**Jonas Viering, Leiter Kommunikation**

Tel. 0179-399 88 62

[Jonas.Viering@wirtschaftsvereinigung-gruene.de](mailto:Jonas.Viering@wirtschaftsvereinigung-gruene.de)

Karl-Liebknecht-Str. 29A

10178 Berlin

Eingetragene Interessenvertreterin im deutschen Lobbyregister R005751

Eingetragen im EU Transparenzregister 290752950419-55

## **Design und Satz:**

georg+georg, Berlin

Berlin, Oktober 2023